

No. 33752

**AUSTRIA
and
TUNISIA**

**Agreement concerning the promotion and protection of
investments. Signed at Vienna on 1 June 1995**

Authentic texts: German, Arabic and French.

Registered by Austria on 28 April 1997.

**AUTRICHE
et
TUNISIE**

**Accord concernant l'enconragement et à la protection des
investissements. Signé à Vienne le 1^{er} juin 1995**

Textes authentiques : allemand, arabe et français.

Enregistré par l'Autriche le 28 avril 1997.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER TUNESISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE FÖRDERUNG UND DEN SCHUTZ DER INVESTITIONEN

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH UND DIE TUNESISCHE REPUBLIK

im folgenden die „Vertragsparteien“ genannt,

VON DEM WUNSCH GELEITET, günstige Voraussetzungen für eine größere wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vertragsparteien zu schaffen,

IN DER ÜBERZEUGUNG, daß die Förderung und der Schutz der Investitionen die Bereitschaft zur Vornahme solcher Investitionen stärken und dadurch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen leisten können,

IN DER ERKENNTNIS der Notwendigkeit die Investitionen der Investoren der einen Vertragspartei auf dem Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gerecht und billig zu behandeln,

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel 1

Definitionen

Für die Zwecke dieses Abkommens

(1) umfaßt der Begriff „Investitionen“ sämtliche Vermögenswerte aller Art, welche im Gastland gemäß dessen Rechtsvorschriften veranlagt oder anerkannt wurden, und insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nutzungsrechte und ähnliche Rechte;
- b) Wertpapiere, Aktien, Anteilsrechte an und Obligationen von Gesellschaften;
- c) Ansprüche auf Geld, das übergeben wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf eine Leistung, die einen wirtschaftlichen Wert hat;
- d) Urheberrechte, gewerbliche Schutzrechte, wie Erfinderpateente, Handelsmarken, gewerbliche Muster und Modelle sowie Gebrauchsmuster, technische Verfahren, Know-how, Handelsnamen und Goodwill;
- e) öffentlich-rechtliche Konzessionen für die Aufsuchung und den Abbau von Naturschätzen;

(2) bezeichnet der Begriff „Investor“:

- a) jede natürliche Person, die die Staatsangehörigkeit einer Vertragspartei besitzt und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;
- b) jede juristische Person oder Personengesellschaft des Handelsrechtes, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei geschaffen wurde, ihren Sitz im Hoheitsgebiet dieser Vertragspartei hat und im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine Investition tätigt;

(3) bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die eine Investition erbringt, und insbesondere, aber nicht ausschließlich, Gewinne, Zinsen, Dividenden, Tantiemen, Lizenzgebühren und andere Entgelte;

(4) umfaßt der Begriff „Enteignung“ auch eine Verstaatlichung oder jede sonstige Maßnahme mit gleicher Wirkung;

(5) bezeichnet der Begriff „Hoheitsgebiet“

- (i) betreffend die Tunesische Republik, das Hoheitsgebiet der Tunesischen Republik;
- (ii) betreffend die Republik Österreich, das Hoheitsgebiet der Republik Österreich.

Artikel 2

Förderung und Schutz der Investitionen

(1) Jede Vertragspartei fördert nach Möglichkeit in ihrem Hoheitsgebiet die Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei, läßt diese Investitionen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zu und behandelt sie in jedem Fall gerecht und billig.

(2) Investitionen gemäß Absatz 1 und ihre Erträge genießen den Schutz dieses Abkommens. Gleiches gilt, unbeschadet der Bestimmungen des Absatzes 1, im Falle einer Wiederveranlagung der Erträge auch für deren Erträge. Die rechtliche Erweiterung, Veränderung oder Umwandlung einer Investition, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften des Gastlandes vorgenommen wird, gilt als neue Investition.

Artikel 3

Behandlung von Investitionen

(1) Jede Vertragspartei behandelt die Investoren der anderen Vertragspartei und deren Investitionen nicht weniger günstig als ihre eigenen Investoren und deren Investitionen oder Investoren dritter Staaten und deren Investitionen.

(2) Die Bestimmungen des Absatzes 1 können nicht dahin gehend ausgelegt werden, daß sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei den gegenwärtigen oder künftigen Vorteil einer Behandlung, einer Präferenz oder eines Privileges einzuräumen, welcher sich ergibt aus:

- a) einer Zollunion, einem gemeinsamen Markt, einer Freihandelszone oder der Zugehörigkeit zu einer Wirtschaftsgemeinschaft oder jedem sonstigen Abkommen, das eine regionale wirtschaftliche Zusammenarbeit begründet;
- b) einem internationalen Abkommen oder einer bilateralen Vereinbarung auf der Grundlage der Gegenseitigkeit über Steuerfragen;
- c) einer Regelung zur Erleichterung des Grenzverkehrs oder jedem bilateralen Abkommen über spezielle Maßnahmen in einem regionalen Rahmen.

Artikel 4

Enteignung

(1) Die Investitionen der Investoren einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur im öffentlichen Interesse, auf Grund eines rechtmäßigen Verfahrens und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Investition unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die Enteignung öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß ohne ungebührliche Verzögerung geleistet werden; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß in geeigneter Weise für die Festsetzung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein.

(2) Enteignet eine Vertragspartei die Vermögenswerte einer Gesellschaft, die in Anwendung des Artikels 1 Absatz 2 dieses Abkommens als eine eigene Gesellschaft dieser Vertragspartei anzusehen ist, und an welcher der Investor der anderen Vertragspartei Anteilsrechte besitzt, so wendet sie die Bestimmungen des Absatzes 1 dieses Artikels dergestalt an, daß die angemessene Entschädigung dieses Investors sichergestellt wird.

(3) Dem Investor steht das Recht zu, die Rechtmäßigkeit der Enteignung ausschließlich durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, gemäß deren Rechtsvorschriften überprüfen zu lassen.

(4) Dem Investor steht das Recht zu, die Höhe der Entschädigung entweder durch die zuständigen Organe der Vertragspartei, welche die Enteignung veranlaßt hat, oder durch ein internationales Schiedsgericht gemäß Artikel 8 dieses Abkommens überprüfen zu lassen.

Artikel 5

Transfer

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei ohne ungebührliche Verzögerung den freien Transfer in frei konvertierbarer Währung der im Zusammenhang mit einer Investition stehenden Zahlungen, und insbesondere, aber nicht ausschließlich,

- a) der Erträge;
- b) der Rückzahlung von Darlehen;
- c) der Honorare;
- d) des Erlöses im Falle vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Investition;
- e) von Entschädigungen gemäß Artikel 4 Absatz 1 dieses Abkommens.

(2) Die Zahlungen gemäß diesem Artikel erfolgen zu den Wechselkursen, die am Tage der Transferzahlung gelten.

(3) Ungeachtet der Bestimmungen des Absatzes 1, kann die eine oder die andere Vertragspartei:

- a) Rechtsvorschriften, welche zur Anzeige des Devisentransfers verpflichten sowie zur Einhebung von Ertragssteuern berechtigen, aufrechterhalten;
- b) Gläubigerrechte schützen oder die Vollstreckung von Urteilen auf Grund einer gerichtlichen Klage in gerechter und nicht diskriminierender Anwendung ihrer Gesetze sicherstellen.

Artikel 6

Eintrittsrecht

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr hiezu ermächtigte Institution einem ihrer Investoren Zahlungen auf Grund einer Garantie für eine Investition im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte des Investors der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 8 dieses Abkommens und der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 9 dieses Abkommens, die Übertragung aller Rechte dieses Investors kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei vorbehaltlich des Bestehens von Gegenforderungen an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte vorbehaltlich des Bestehens von Gegenforderungen an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist.

Für den Transfer von Zahlungen, die einer Vertragspartei auf Grund der an sie abgetretenen Eintrittsrechte zu leisten sind, gelten Artikel 4 und Artikel 5 dieses Abkommens sinngemäß.

Artikel 7

Andere Verpflichtungen

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, auf Grund deren Bestimmungen den Investitionen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger ist.

Artikel 8

Beilegung von Investitionsstreitigkeiten

(1) Entstehen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei Meinungsverschiedenheiten aus einer Investition, so werden diese so weit wie möglich zwischen den Streitparteien freundschaftlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 nicht innerhalb von sechs Monaten ab einer schriftlichen Mitteilung hinreichend bestimmter Ansprüche durch die Inanspruchnahme innerstaatlicher Rechtsbehelfe oder auf anderem Wege beigelegt werden, wird die Meinungsverschiedenheit auf Antrag der Vertragspartei oder des Investors der anderen Vertragspartei zur Durchführung eines Vergleichsverfahrens oder eines Schiedsverfahrens dem Internationalen Zentrum für die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten unterbreitet werden, welches durch die Konvention über die Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Staatsangehörigen anderer Staaten ^{*}), die am 18. März 1965 in

Washington zur Unterzeichnung aufgelegt wurde, geschaffen wurde. Im Falle eines Schiedsverfahrens stimmt jede Vertragspartei auch ohne Vorliegen einer individuellen Schiedsvereinbarung zwischen einer Vertragspartei und einem Investor durch dieses Abkommen unwiderruflich im vorhinein zu, solche Meinungsverschiedenheiten dem Zentrum zu unterbreiten.

(3) Eine Vertragspartei, die Streitpartei ist, macht in keinem Stadium des Vergleichs- oder Schiedsverfahrens oder der Durchsetzung eines Schiedsspruchs als Einwand geltend, daß der Investor, der die andere Streitpartei bildet, auf Grund der in Artikel 6 vorgesehenen Garantie eine Entschädigung bezüglich aller oder Teile seiner Verluste erhalten habe.

Artikel 9

Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit wie möglich, durch freundschaftliche Verhandlungen beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit gemäß Absatz 1 innerhalb von sechs Monaten nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen einer der Vertragsparteien einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf eine dritte Person als Vorsitzenden einigen. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will, der Vorsitzende innerhalb von weiteren zwei Monaten zu bestellen.

(4) Werden die in Absatz 3 festgelegten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Generalsekretär der Vereinten Nationen bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert diese Funktion auszuüben, so kann der dienstälteste stellvertretende Generalsekretär der Vereinten Nationen unter denselben Voraussetzungen eingeladen werden, die Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht beschließt seine eigene Verfahrensordnung.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf Grund dieses Abkommens sowie auf Grund der allgemein anerkannten Regeln des Völkerrechtes. Es entscheidet mit Stimmenmehrheit; der Schiedsspruch ist endgültig und bindend.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds und ihrer Vertretung in dem Schiedsverfahren. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Gericht kann jedoch in seinem Schiedsspruch eine andere Kostenregelung treffen.

Artikel 10

Anwendung dieses Abkommens

Dieses Abkommen gilt für Investitionen, die die Investoren der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet sowohl vor als auch nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen haben.

Artikel 11

Inkrafttreten und Dauer

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation und tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in welchem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht worden sind.

(2) Das Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; es bleibt in Kraft, sofern es nicht eine der beiden Vertragsparteien unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von mindestens einem Jahr vor Ablauf der Geltungsdauer oder zu jedem anderen Zeitpunkt danach, kündigt.

(3) Für die Investitionen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gilt dieses Abkommen noch für weitere zehn Jahre vom Tage des Außerkrafttretens des Abkommens an.

GESCHEHEN zu Wien, am 1. Juni 1995, in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen authentisch ist.

Für die Republik
Österreich:
SCHÜSSEL

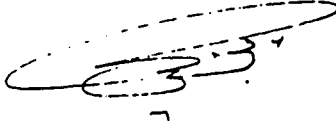
Für die Tunesische
Republik:
YAHIA

3) يبقى هذا الاخير نافذ المفعول لمدة عشر سنوات اضافة ابتداء من تاريخ الغاء بالنسبة للاستثمارات المنجزة حتى تاريخ الغاء الاتفاق.

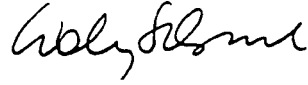
حرر هذا الاتفاق ببييانته في اجوان ١٩٩٦

في ثلاث نسخ اصلية باللغات الالمانية و العربية و الفرنسية و لهاته النسخ نفس قوة الاعتماد.

عن الجمهورية التونسية



عن جمهورية النمسا



3) تتكون هيئة التحكيم حسب كل حالة خاصة بتعيين عضوا من قبل كل طرف متعاقد وباتفاق العضوين على اختيار شخص ثالث كرئيس .

يجب تعيين الاعضاء خلال الشهرين اللذين يليان تاريخ اشعار احد الطرفين المتعاقدين الطرف المتعاقد الاخر بنيته في عرض النزاع على هيئة تحكيم . يجب تعيين الرئيس خلال اجل اضافي بشهرين .

4) اذا لم يقع احترام الاجال المبينة بالفقرة 3 وفي غياب اي اتفاق آخر، يمكن لاي من الطرفين المتعاقدين دعوة الامين العام للامم المتحدة للقيام بالتعيينات اللازمة ، فاذا كان الامين العام للامم المتحدة حاملا لجسدية احد الطرفين المتعاقدين او تعذر عليه القيام بالمهام المذكورة لاي سبب من الاسباب ، يمكن دعوة الامين العام المساعد الاقدم في الوظيفة حسب نفس الشروط للقيام بالتعيينات .

5) تحدد هيئة التحكيم بنفسها الاجراءات الخاصة بها .

6) تتخذ هيئة التحكيم قراراتها بموجب احكام هذا الاتفاق وكذلك بموجب قواعد العانون الدولي المعترف بها عامة وذلك باغلبية الاصوات . يكون القرار ملزما ونهائيا .

7) يتحمل كل طرف متعاقد المصاريف المتعلقة بالعضو الذي يعينه وكذلك المتعلقة بتمثيله خلال اجراءات التحكيم ويتقاسم الطرفان المتعاقدان بالتساوي المصاريف المتعلقة بالرئيس وكذلك المصاريف الاخرى . غير انه يجوز للهيئة ان تحدد بقرارها توريا اخر للمصاريف .

الفصل 10 : تطبيق الاتفاق

ينطبق هذا الاتفاق على الاستثمارات التي تم انجازها من قبل مستثمري احد الطرفين المتعاقدين على تراب الطرف المتعاقد الاخر طبقا لتشريعه سواء قبل او بعد دخول هذا الاتفاق حيز التنفيذ .

الفصل 11 : الدخول حيز التنفيذ والمدة

1) يخضع هذا الاتفاق الى المصادقة ويدخل حيز التنفيذ في اليوم الاول من الشهر الثالث الذي يلي الشهر الذي تم خلاله تبادل وثائق المصادقة .

2) يبقى هذا الاتفاق نافذ المفعول لمدة عشر سنوات ، ويظل نافذ المفعول ما لم يستم الغائه من احد الطرفين المتعاقدين بواسطة اشعار يقع تبليغه سنة على الاقل قبل انقضاء المدة الاولى او في اي وقت بعد هذا التاريخ .

بالنسبة لتحويل الدفعات الراجعة الى الطرف المتعاقد المعنى بموجب الحقوق التي تم احلال محل في شأنها فانه يقع تطبيق الفصلين 4 و 5 من هذا الاتفاق بالقياس :

الفصل 7 : التزامات اخرى

اذا نص تشريع احد الطرفين المتعاقدين او التزامات القانون الدولي الموجودة الى جانب هذا الاتفاق بين الطرفين المتعاقدين او التي سيقع عقدها في المستقبل بينهما على حكم ذات صفة عامة او خاصة والذي يمنح بموجبه لاستثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الاخر معاملة اكثر امتيازاً من المعاملة المنصوص عليها بهذا الاتفاق فان هذا الحكم يفوق هذا الاتفاق ما دام اكثر امتيازاً .

الفصل 8 : تسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات

(1) اذا نشأت نزاعات متعلقة باستثمار بين طرف متعاقد ومستثمر الطرف المتعاقد الاخر، فانه يتم تسويتها بقدر الامكان بالتراضي بين الطرفين في النزاع .

(2) اذا لم يتم تسوية نزاع مشاراليه بالفقرة 1 خلال السنة اشهر التي تلي تاريخ اشعار كتابي لادعاءات محددة على النحو الكافي بطرق اللجوء الداخلية او اي طريقة اخرى ، فانه يقع عرض النزاع بطلب من الطرف المتعاقد او مستثمر الطرف المتعاقد الاخر للتوفيق او التحكيم على المركز الدولي لتسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات الذي انشا بمقتضى الاتفاقية الخاصة بتسوية النزاعات المتعلقة بالاستثمارات بين الدول ورعايا دول اخرى والمعروفة للتوقيع بواشنطن بتاريخ 18 مارس 1965 . وفي حالة قيام اجراء تحكيم ، يقبل كل من الطرفين المتعاقدين بصفة نهائية ومسبقة بموجب هذا الاتفاق عرض هذا النزاع على المركز ولو في غياب اتفاقية تحكيم تردية بين طرف متعاقد ومستثمر .

(3) لا يمكن لطرف متعاقد ، طرف في نزاع ، في اي مرحلة من مراحل اجراء التوفيق او التحكيم او تنفيذ قرار الحكيم ، ان يفترض بناء على ان المستثمر الذي هو الطرف الخصم في النزاع قد تسلم تعويضاً بمقتضى الضمان المنصوص عليه بالفصل 6 من هذا الاتفاق عن كل او جزء من خسائره .

الفصل 9 : النزاعات بين الطرفين المتعاقدين

(1) يجب بقدر الامكان تسوية النزاعات بين الطرفين المتعاقدين المتعلقة بسناويل او تطبيق هذا الاتفاق عن طريق المفاوضات بصفة ودية .

(2) واذا تعذرت تسوية نزاع مشار اليه بالفقرة 1 خلال سنة اشهر يتم عرضه بطلب من احد الطرفين المتعاقدين على هيئة تحكيم .

4) يكون للمستثمر الحق في ان يطلب اعساده النظر في مبلغ التعويض سواء من قبل السلطات المعنية للطرف المتعاقد الذي قام باتخاذ قرار الانتزاع او من قبل هيئة تحكيم دولية طبقا للفصل 8 من هذا الاتفاق .

الفصل 5 : التحويلات

1) يضمن كل من الطرفين المتعاقدين لمستثمري الطرف المتعاقد الاخر ، حرية تحويل الدفعات المتعلقة باستثمار بدون تاخير غير عبرر وبواسطة جملة قابلة للتحويل ، و بالخصوص وبدون حصر :

أ- العائدات

ب- تسديد القروض

ج- مكافآت

د- محصول تصفية او بيع كلي او جزئي للاستثمار .

ت- التعويضات وفقا لاحكام الفقرة 1 من الفصل 4 من هذا الاتفاق .

2) تنجز التحويلات المشار اليها بهذا الفصل حسب سعر الصرف المطبق في تاريخ التحويل .

3) دون مراعاة احكام الفقرة 1 ، يمكن لاي من الطرفين المتعاقدين :

أ- سن او ابقاء على القوانين والاحكام التي تلزم بتصريح تحويل العملات وباستفلاص الاداءات على الدخل .

ب- حماية حقوق الدائنين او ضمان تنفيذ الاحكام في الدعاوي المعروضة على القضاء وذلك بتطبيق عادل وغير تمييزي لتشريعه .

الفصل 6 : حق احلال محل

اذا قام احد الطرفين المتعاقدين او مؤسسة مرخص لها من قبل هذا الطرف بدفعات لاحد مستثمريه بموجب ضمان تم منحه بعنوان استثمار قائم على تراب الطرف المتعاقد الاخر ، فان هذا الطرف المتعاقد الاخر ، دون المساس بحقوق المستثمر التابع للطرف المتعاقد الاول الناتجة من الفصل 8 وحقوق الطرف المتعاقد الاول الناتجة من الفصل 9 ، يعترف باحالة بصفة قانونية او تعاقدية كل حقوق هذا المستثمر الى الطرف المتعاقد الاول شريطة وجود ديون في المقابل . يعترف كذلك الطرف المتعاقد الاخر باحلال محل الطرف المتعاقد الاول ، في كل هاته الحقوق التي يكون للطرف المتعاقد الاول الحق في ممارستها بنفس القدر المحول لمستثمريه شريطة وجود ديون في المقابل .

تعتبر استثمارا جديدا كل عملية توسيع قانوني او مراجعة او تغيير استثمار تمت وفقا لتشريع البلد المضيف .

الفصل 3 : معاملة الاستثمارات

1) يعامل كل طرف متعاقد مستثمري الطرف المتعاقد الاخر واستثماراتهم معاملة لا تقل امتيازاً عن المعاملة الممنوحة لمستثمريه واستثماراتهم او لمستثمري بلد ثالث واستثماراتهم .

2) لا يمكن تفسير احكام الفقرة 1 كالتزام لاحد الطرفين المتعاقدين لمنح مستثمري الطرف المتعاقد الاخر مزايا اي معاملة او افضلية او امتيازاً حاضراً او مستقبلي ناتجة عن :

أ- اتحاد جمركي او سوق مشتركة او منطقة تبادل حر او الانتماء لمجموعة اقتصادية او اي اتفاق اخر يقيم تعاوناً اقتصادياً جهوياً .

ب- اتفاق دولي او ترتيب ثنائي على اساس المعاملة المتبادلة في المجال الجبائي .

ج- انظمة مخصصة لتسهيل التبادل الحدودي او اي اتفاق ثنائي يهدف الى عمليات خاصة في اطار جهوي .

الفصل 4 : الانتزاع

1) لا يمكن انتزاع استثمارات مستثمري طرف متعاقد على تراب السطرف المتعاقد الاخر الا لاسباب المنفعة العامة وموجب اجراء شرعي ومقابل تعويض . يجب ان يكون مبلغ التعويض مساوياً لقيمة الاستثمار في التاريخ الذي يسبق مباشرة تاريخ اعلام العموم باجراء الانتزاع ويدفع التعويض بدون تأخير غير مبرر وينجز فعلياً ويكون قابلاً للتحويل بكل حرية . يقع تحديد قيمة التعويض بصفة ملائمة في اجل اقصاه تاريخ الانتزاع .

2) مند قيام طرف متعاقد بانتزاع استثمارات شركة تعتبر طبقاً لاحكام الفقرة 2 من الفصل 1 من هذا الاتفاق شركة تابعة لهذا الطرف والتي يكون مستثمر الطرف المتعاقد الاخر مالكا فيها حقوق مساهمة ، فان الطرف المتعاقد الاول يقوم بتطبيق احكام الفقرة 1 من هذا الفصل حتى يضمن لهذا المستثمر التعويض المناسب .

3) يكون للمستثمر الحق في ان يطلب اعادة النظر في شرعية " الانتزاع " من قبل فقط السلطات المختصة للطرف المتعاقد الذي قام باتخاذ اجراء الانتزاع وفقاً لقوانينه واحكامه .

د- حقوق التأليف وحقوق الملكية الصناعية كبراءات الاختراع والعلامات التجارية والتصاميم الصناعية والنماذج التجارية وكذلك النماذج المسجلة والمهارات التقنية والفنية والاسماء التجارية والحرفاء .

ت- لزامات القانون العام للبحث واستغلال الموارد الطبيعية .

(2) تطلق عبارة " مستثمر " على :

أ- كل شخص طبيعي له جنسية احد الطرفين المتعاقدين انجز استثمارا على تراب الطرف المتعاقد الاخر .

ب- كل شخص معنوي او شركة اشخاص خاضعة للقانون التجاري ومكون طبقا لتشريع احد الطرفين المتعاقدين ويوجد مقره على تراب هذا الطرف المتعاقد وقام بانجاز استثمار على تراب الطرف المتعاقد الاخر .

(3) تطلق عبارة " عائدات " على المبالغ المتأتية من استثمار وتشمل خاصة وبدون حصر الارباح والفوائض والارباح الموزعة على الاسهم والمكافآت وابتوات الاجازات ومكافآت اخرى .

(4) تشمل عبارة " انتزاع " كذلك " التأميم " او اي اجراء آخر له نفس الاثر .

(5) تطلق عبارة " تراب " :

(1) بالنسبة لجمهورية النمسا على تراب جمهورية النمسا .

(11) بالنسبة للجمهورية التونسية على تراب الجمهورية التونسية .

الفصل 2 : تشجيع وحماية الاستثمارات

(1) يشجع كل من الطرفين المتعاقدين على ترابه وبقدر الامكان ، استثمارات مستثمري الطرف المتعاقد الاخر ويقبل هاته الاستثمارات طبقا لتشريع ، ويقوم بمعاملتها في كل الحالات بصفة عادلة ومنصفة .

(2) تستفيع الاستثمارات المشار اليها بالفقرة 1 وعائداتها بحماية هذا الاتفاق وفي حالة اعادة استثمار العائدات تنطبق نفس الحماية على عائداتها وذلك دون المساس باحكام الفقرة 1 .

[ARABIC TEXT — TEXTE ARABE]

اتفاق

بين

جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية
بشأن تشجيع وحماية الاستثمارات

ان جمهورية النمسا و الجمهورية التونسية المشار اليهما فيما يلي " بالطرفين المتعاقدين "،

- رغبة منهما في خلق ظروف ملائمة لتعاون اقتصادي اكبر بين الطرفين المتعاقدين .

- واقتناعا منهما بان تشجيع وحماية الاستثمارات يمكنهما تدعيم الاستعداد لانجاز هاته الاستثمارات وبالتالي تقديم مساهمة هامة في تنمية العلاقات الاقتصادية .

- وشعورا منهما بضرورة منح معاملة عادلة ومنصفة لاستثمارات مستثمري احد الطرفين المتعاقدين بتراب الطرف المتعاقد الاخر .

اتفقتا على ما يلي :

الفصل 1 : تعاريف

لاغراض هذا الاتفاق :

1) تشمل عبارة "استثمارات" كل المكاسب بجميع اصنافها المكونة او المعترف بها في البلد المضيف وفقا لقوانينه وتراتيبه ، بالخصوص وبدون حصر :

أ - ملكية المنقولات والعقارات وكل حقوق عينية اخرى كالرهون العقارية و رهون المنقولات وحقوق الانتفاع والحقوق المماثلة .

ب- قيم واسهم وحصص وسندات الشركات

ج- ديون مالية تم منحها قصد خلق قيمة اقتصادية او الحقوق التي تخول خدمات ذات قيمة اقتصادية .

ACCORD¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TUNISIENNE CONCERNANT L'ENCOURAGEMENT ET LA PROTECTION DES INVESTISSEMENTS

La République d'Autriche et la République Tunisienne dénommées ci-après « les Parties Contractantes ».

Désireuses de créer des conditions favorables à une plus grande coopération économique entre les Parties Contractantes,

Convaincues que l'encouragement et la protection des investissements peuvent renforcer la disposition à effectuer de tels investissements et ainsi apporter une contribution importante au développement des relations économiques,

Conscientes de la nécessité d'accorder un traitement juste et équitable aux investissements des investisseurs de l'une des Parties Contractantes sur le territoire de l'autre Partie Contractante,

Sont convenues de ce qui suit:

Article 1

Définitions

Aux fins du présent Accord

(1) Le terme « investissements » comprend tous les avoirs de toutes natures constitués ou reconnus dans le pays hôte en conformité avec ses lois et règlements et notamment, mais pas exclusivement:

- a) la propriété de biens mobiliers et immobiliers, ainsi que tous autres droits réels tels que hypothèques, droits de gage, usufruits et droits similaires;
- b) les valeurs, actions, parts et obligations de sociétés;
- c) les créances d'argent remis pour créer une valeur économique ou les droits à prestation ayant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, les droits de propriété industrielle tels que brevets d'invention, marques de commerce, dessins industriels et modèles de commerce ainsi que modèles déposés, procédés techniques, savoir faire, noms commerciaux et clientèle;
- e) les concessions de droit public pour la prospection et l'exploitation de ressources naturelles;

(2) Le terme « investisseur » désigne:

- a) toute personne physique possédant la nationalité d'une Partie Contractante et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;
- b) toute personne morale ou société de personnes de droit commercial, constituée conformément à la législation d'une Partie Contractante, ayant son siège sur le territoire de cette Partie Contractante et effectuant un investissement sur le territoire de l'autre Partie Contractante;

(3) Le terme « revenus » désigne les montants rapportés par un investissement, et notamment, mais pas exclusivement, les bénéfices, intérêts, dividendes, tantièmes, redevances de licence et autres rémunérations;

(4) Le terme « expropriation » comprend aussi une nationalisation ou toute autre mesure ayant un effet équivalent;

(5) Le terme « territoire » désigne:

- (i) en ce qui concerne la République d'Autriche, le territoire de la République d'Autriche,
- (ii) en ce qui concerne la République Tunisienne, le territoire de la République Tunisienne.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1997 par l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Tunis, conformément à l'article 11.

Article 2

Encouragement et protection des investissements

(1) Chacune des Parties Contractantes encourage sur son territoire, dans la mesure du possible, les investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante, agréés ces investissements conformément à sa législation et les traite dans tous les cas de manière juste et équitable.

(2) Les investissements visés au paragraphe 1 et leurs revenus jouissent de la protection de cet Accord. Le même traitement s'applique, sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, en cas d'un réinvestissement des revenus également à leurs revenus. L'extension juridique, la modification ou la transformation d'un investissement, réalisée conformément à la législation du pays hôte, est considérée comme un nouvel investissement.

Article 3

Traitement des investissements

(1) Chacune des Parties Contractantes traite les investisseurs de l'autre Partie Contractante et leurs investissements de façon non moins favorable que ses propres investisseurs et leurs investissements ou les investisseurs d'Etats tiers et leurs investissements.

(2) Les dispositions du paragraphe 1 ne peuvent être interprétées comme constituant une obligation pour l'une des Parties Contractantes d'accorder aux investisseurs de l'autre Partie Contractante le bénéfice de tout traitement, préférence ou privilège, présent ou futur, résultant:

- a) d'une union douanière, d'un marché commun, d'une zone de libre échange ou de l'appartenance à une communauté économique ou de tout autre accord établissant une coopération économique régionale;
- b) d'un accord international ou d'un arrangement bilatéral sur la base de la réciprocité en matière fiscale;
- c) de réglemations destinées à faciliter le trafic frontalier ou de tout accord bilatéral aux fins d'opérations spécifiques dans un cadre régional.

Article 4

Expropriation

(1) Les investissements des investisseurs d'une Partie Contractante ne peuvent être expropriés sur le territoire de l'autre Partie Contractante que dans l'intérêt public, en vertu d'une procédure légale et contre indemnisation. Le montant de l'indemnité doit correspondre à la valeur de l'investissement immédiatement antérieure au moment où l'expropriation devient connue par le public. L'indemnité doit être versée sans délai indu; elle doit être effectivement réalisable et librement transférable. La fixation de l'indemnité doit être prévue d'une manière adéquate au plus tard au moment de l'expropriation.

(2) Lorsqu'une Partie Contractante exproprie les investissements d'une société, qui en application des dispositions de l'Article 1, paragraphe 2 du présent Accord, est considérée comme étant sa propre société et dans laquelle l'investisseur de l'autre Partie Contractante détient des droits de participation, elle applique les dispositions du paragraphe 1 de cet Article de sorte que l'indemnisation appropriée de cet investisseur soit assurée.

(3) L'investisseur a le droit de demander que la légalité de « l'expropriation » soit ré-examinée uniquement par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a décidé de « l'expropriation » conformément à ses lois et règlements.

(4) L'investisseur a le droit de demander que, le montant de l'indemnité soit ré-examiné soit par les autorités compétentes de la Partie Contractante qui a décidé de « l'expropriation », soit par un tribunal arbitral international conformément à l'Article 8 de cet Accord.

Article 5

Transferts

(1) Chacune des Parties Contractantes garantit aux investisseurs de l'autre Partie Contractante le libre transfert, sans délai indu, en monnaie librement convertible des paiements relatifs à un investissement, et notamment, mais pas exclusivement,

- a) des revenus;
- b) des remboursements de prêts;
- c) des honoraires;
- d) du produit d'une liquidation ou vente totale ou partielle de l'investissement;
- e) des indemnités dues en application de l'Article 4, paragraphe 1 du présent Accord.

(2) Les transferts visés à cet Article sont effectués aux taux de change applicable le jour du transfert.

(3) Nonobstant les dispositions du paragraphe 1, l'une ou l'autre des Parties Contractantes peut:

- a) maintenir des lois et règlements exigeant la déclaration du transfert des devises et prélevant des impôts sur les revenus;
- b) protéger les droits des créanciers ou assurer l'exécution de jugement dans les actions en justice grâce à l'application équitable et non discriminatoire de sa législation.

Article 6

Droit de subrogation

Lorsque l'une des Parties Contractantes ou une institution autorisée par celle-ci, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement réalisé sur le territoire de l'autre Partie Contractante, effectue des paiements à l'un de ses investisseurs, cette autre Partie Contractante reconnaît, sans préjudice des droits de l'investisseur de la première Partie Contractante découlant de l'Article 8 et des droits de la première Partie Contractante découlant de l'Article 9, le transfert à la première Partie Contractante de tous les droits de cet investisseur par voie légale ou contractuelle, sous réserve de l'existence de créances en contrepartie. En outre l'autre Partie Contractante reconnaît la subrogation de la première Partie Contractante dans tous ces droits, sous réserve de l'existence de créances en contrepartie, que la première Partie Contractante a droit d'exercer au même degré que son prédécesseur en droit.

Pour le transfert des paiements dus à la Partie Contractante respective en vertu des droits subrogés, l'Article 4 et l'Article 5 du présent Accord s'appliquent par analogie.

Article 7

Autres obligations

Si la législation de l'une des Parties Contractantes ou des obligations de droit international, qui existent à côté du présent Accord entre les Parties Contractantes ou qui seront contractées entre elles dans l'avenir, prévoient un règlement de caractère général ou particulier, aux termes duquel un traitement plus favorable qu'en vertu du présent Accord serait à accorder aux investissements des investisseurs de l'autre Partie Contractante, ce règlement prévaut au présent Accord, dans la mesure qu'il est plus favorable.

Article 8

Règlement des différends relatifs aux investissements

(1) Si des différends relatifs à un investissement surgissent entre une Partie Contractante et un investisseur de l'autre Partie Contractante, ils seront, autant que possible, réglés à l'amiable entre les parties en litige.

(2) Si un différend visé au paragraphe 1 ne peut pas être réglé dans les six mois qui suivent une notification écrite de prétentions suffisamment définies par les voies de recours internes ou de toute autre manière, le différend sera soumis à la demande de la Partie Contractante ou de l'investisseur de l'autre Partie Contractante à la conciliation ou l'arbitrage du Centre International pour le Règlement des Différends Relatifs aux Investissements (CIRDI), créé par la Convention pour le règlement des Différends Relatifs aux Investissements entre Etats et Ressortissants d'autres Etats, ouverte à la signature à Wa-

shington le 18 Mars 19651. En cas de procédure d'arbitrage, chacune des Parties Contractantes consent irrévocablement et à l'avance par le présent Accord à soumettre de tel différend au Centre, même en l'absence d'une convention d'arbitrage individuelle entre une Partie Contractante et un investisseur.

(3) Une Partie Contractante, qui est partie à un différend, ne soulève à aucun stade de la procédure de conciliation ou d'arbitrage ou de l'exécution d'une sentence arbitrale, l'objection que l'investisseur, qui est la partie adverse au différend, ait reçu une indemnité couvrant tout ou partie de ses pertes en vertu de la garantie prévue à l'Article 6 du présent Accord.

Article 9

Différends entre les Parties Contractantes

(1) Les différends entre les Parties Contractantes relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Accord doivent être réglés, autant que possible, par des négociations à l'amiable.

(2) Si un différend visé au paragraphe 1 ne peut pas être réglé dans un délai de six mois, il sera soumis, à la demande de l'une des Parties Contractantes, à un tribunal arbitral.

(3) Le tribunal arbitral est constitué pour chaque cas particulier par la désignation d'un membre par chacune des Parties Contractantes et par l'accord des deux membres sur une tierce personne comme président. Les membres doivent être désignés dans les deux mois qui suivent la notification par l'une des Parties Contractantes à l'autre Partie de son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral; le président doit être désigné dans un délai supplémentaire de deux mois.

(4) Si les délais fixés au paragraphe 3 ne sont pas observés et en l'absence de tout autre arrangement, chaque Partie Contractante peut inviter le Secrétaire Général des Nations Unies à procéder aux désignations nécessaires. Si le Secrétaire Général des Nations Unies possède la nationalité de l'une des Parties Contractantes ou si pour une autre raison, il est empêché d'exercer cette fonction, le Secrétaire Général Adjoint des Nations Unies le plus ancien peut être invité sous les mêmes conditions à procéder aux désignations.

(5) Le tribunal arbitral fixe lui-même sa procédure.

(6) Le tribunal arbitral statue en vertu du présent Accord ainsi qu'en vertu des règles de droit international généralement reconnues. Il statue à la majorité des voix; la sentence est définitive et obligatoire.

(7) Chaque Partie Contractante assume les frais de son membre et de sa représentation dans la procédure d'arbitrage. Les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les Parties Contractantes. Le tribunal peut pourtant fixer dans sa sentence une autre répartition des frais.

Article 10

Application du présent Accord

Le présent Accord s'applique aux investissements, que les investisseurs de l'une des Parties Contractantes ont effectué en conformité avec la législation de l'autre Partie Contractante sur le territoire de celle-ci aussi bien avant qu'après l'entrée en vigueur du présent Accord.

Article 11

Entrée en vigueur et période de validité

(1) Le présent Accord sera soumis à ratification et entrera en vigueur le premier jour du troisième mois qui suivra le mois, au cours duquel les instruments de ratification ont été échangés.

(2) Le présent Accord reste en vigueur pour une durée de dix ans, et demeurera en vigueur à moins qu'il ne soit dénoncé par l'une ou l'autre des Parties Contractantes en donnant préavis d'un an au moins avant l'expiration du délai initial ou à tout moment après cette date.

(3) Pour les investissements effectués jusqu'au moment d'expiration du présent Accord, celui-ci restera en vigueur pour une période supplémentaire de dix ans, à compter du jour de l'expiration de l'Accord.

¹ Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 575, p. 159.

Fait à Vienne le 1. juin 1995 en trois originaux, en langues allemande, arabe et française, les trois textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

SCHÜSSEL

Pour la République
Tunisienne :

YAHIA

[TRANSLATION — TRADUCTION]

AGREEMENT¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
REPUBLIC OF TUNISIA CONCERNING THE PROMOTION AND
PROTECTION OF INVESTMENTS

The Republic of Austria and the Republic of Tunisia, hereinafter referred to as “the Contracting Parties”,

Desiring to create favourable conditions for intensified economic cooperation between the Contracting Parties,

Convinced that the promotion and protection of investments can increase the readiness to make such investments and thereby make an important contribution to the development of economic relations,

Conscious of the necessity of according fair and equitable treatment to the investments of investors of one of the Contracting Parties in the territory of the other Contracting Party,

Have agreed as follows:

Article 1

DEFINITIONS

For the purposes of this Agreement:

(1) The term “investments” means every kind of asset constituted or recognized in the host country in accordance with its laws and regulations and in particular, but not exclusively:

(a) Movable and immovable property rights as well as any other rights *in rem* such as mortgages, liens, usufructs and similar rights;

(b) Shares in and stock and debentures of companies;

(c) Claims to money that has been given to create economic value or claims to any performance that has an economic value;

(d) Intellectual property rights, industrial rights such as patents, trademarks, industrial designs and models as well as registered patterns, technical processes, know-how, trade names and goodwill;

(e) Business concessions under public law to prospect for and exploit natural resources.

(2) The term “investor” means:

(a) Any individual who is a national of one Contracting Party and makes an investment in the territory of the other Contracting Party;

(b) Any legal entity or company under commercial law constituted in accordance with the laws of a Contracting Party and having its headquarters in the territory

¹ Came into force on 1 January 1997 by the exchange of the instruments of ratification, which took place in Tunis, in accordance with article 11.

of that Contracting Party which makes an investment in the territory of the other Contracting Party.

(3) The term “returns” means the amounts yielded by an investment and in particular, but not exclusively, profits, interest, dividends, shares of profits, royalties and other remuneration.

(4) The term “expropriation” also covers nationalization or any other measure having equivalent effect.

(5) The term “territory” means:

- (i) In respect of the Republic of Austria, the territory of the Republic of Austria;
- (ii) In respect of the Republic of Tunisia, the territory of the Republic of Tunisia.

Article 2

PROMOTION AND PROTECTION OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall promote in its territory, to the extent possible, investments by investors of the other Contracting Party, permitting such investments in accordance with its laws and in any case according them fair and equitable treatment.

(2) Investments made in accordance with paragraph 1 and their returns shall enjoy the full protection of this Agreement. The same treatment shall apply, without prejudice to the provisions of paragraph 1, to their returns in the case of reinvestment of such returns. The legal extension, alteration or conversion of an investment made in accordance with the laws of the host country shall be considered a new investment.

Article 3

TREATMENT OF INVESTMENTS

(1) Each Contracting Party shall accord to investors of the other Contracting Party and to their investments treatment no less favourable than that accorded to its own investors and their investments or to the investors of third States and their investments.

(2) The provisions of paragraph 1 may not be construed as obliging one Contracting Party to extend to investors of the other Contracting Party the present or future benefit of any treatment, preference or privilege resulting from:

(a) A customs union, common market, free trade area, membership in an economic community or any other agreement establishing regional economic co-operation;

(b) An international agreement or bilateral arrangement based on reciprocity in fiscal matters;

(c) Regulations designed to facilitate frontier traffic or any bilateral agreement concerning specific procedures in a regional framework.

Article 4

EXPROPRIATION

(1) Investments made by investors of one Contracting Party shall not be expropriated in the territory of the other Contracting Party, save in the public interest, under due process of law and against compensation. Such compensation shall be based on the value of the investment immediately prior to the date on which the expropriation becomes a matter of public knowledge. Compensation shall be paid without undue delay; it shall be effectively realizable and freely transferable. Compensation shall be determined in an appropriate manner no later than the date of the expropriation.

(2) Where a Contracting Party expropriates the investments of a company which is considered as its own company pursuant to article 1, paragraph 2, of this Agreement, and in which the investor of the other Contracting Party owns shares, it shall apply the provisions of paragraph 1 of this article so that appropriate compensation of the investor is assured.

(3) The investor shall be entitled to have the legality of the expropriation reviewed only by the competent authorities of the Contracting Party having undertaken the expropriation in accordance with its laws and regulations.

(4) The investor shall be entitled to have the amount of the compensation reviewed either by the competent authorities of the Contracting Party having undertaken the expropriation or by an international arbitral tribunal in accordance with article 8 of this Agreement.

Article 5

TRANSFERS

(1) Each Contracting Party shall guarantee to investors of the other Contracting Party the free transfer, without undue delay, and in convertible currency, of payments in connection with an investment and in particular, but not exclusively:

- (a) Returns;
- (b) Repayment of loans;
- (c) Honoraria;
- (d) Proceeds from the total or partial liquidation or sale of the investment;
- (e) Compensation due under article 4, paragraph 1, of this Agreement.

(2) The transfers referred to in this article shall be effected at the exchange rates prevailing on the day of the transfer.

(3) Notwithstanding the provisions of paragraph 1, either Contracting Party may:

(a) Maintain such laws and regulations as require a currency transfer declaration or provide for the levying of taxes upon returns;

(b) Protect the rights of claimants or ensure the enforcement of judicial decisions through the equitable and non-discriminatory application of its laws.

Article 6

RIGHT OF SUBROGATION

Where a Contracting Party or an institution authorized by it makes payments to one of its investors on the basis of a guarantee for an investment made in the territory of the other Contracting Party, the other Contracting Party shall, without prejudice to the rights of the investor of the first Contracting Party under article 8 and the rights of the first Contracting Party under article 9, allow the transfer to the first Contracting Party of all the rights of that investor, whether under the law or pursuant to a contract, subject to any counter-claims that may exist. The Contracting Party shall further recognize the right of subrogation of the first Contracting Party with respect to all such rights, subject to any counter-claims that the first Contracting Party has the right to assert in the same manner as its predecessor in title.

Articles 4 and 5 of this Agreement shall apply *mutatis mutandis* to the transfer of payments due to the respective Contracting Party on the basis of the rights subrogated.

Article 7

OTHER OBLIGATIONS

If the legislation of one Contracting Party or international legal obligations now existing alongside this Agreement between the Contracting Parties or to be agreed between them in the future contain any rules, whether general or specific, according to the investments of investors of the other Contracting Party more favourable treatment than is accorded by this Agreement, such rules shall, to the extent that they are more favourable, take precedence over the present Agreement.

Article 8

SETTLEMENT OF INVESTMENT DISPUTES

(1) Investment disputes arising between one Contracting Party and an investor of the other Contracting Party shall, as far as possible, be settled amicably between the parties to the dispute.

(2) If such a dispute referred to in paragraph 1 cannot be settled within six months following written notification of properly substantiated claims through domestic legal remedies or otherwise, the dispute shall be submitted, at the request of the Contracting Party or the investor of the other Contracting Party, for settlement by conciliation or arbitration to the International Centre for the Settlement of Investment Disputes (ICSID), created by the Convention on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of other States opened for signature in Washington on 18 March 1965.¹ In the case of arbitration, each Contracting Party irrevocably agrees in advance, on the basis of this Agreement, to submit such a dispute to the Centre, even in the absence of an individual arbitration agreement between a Contracting Party and an investor.

¹ United Nations, *Treaty Series*, vol. 575, p. 159.

(3) A Contracting Party which is a party to a dispute shall at no stage of the conciliation or arbitration proceedings or of the execution of the arbitral award raise an objection on the grounds that the investor who is the other party to the dispute has received compensation for all or part of his losses on the basis of the guarantee provided for under article 6 of this Agreement.

Article 9

DISPUTES BETWEEN THE CONTRACTING PARTIES

(1) Disputes arising between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled by amicable negotiations.

(2) If a dispute referred to in paragraph 1 cannot be settled within six months, it shall, at the request of one of the Contracting Parties, be submitted to an arbitral tribunal.

(3) The arbitral tribunal shall be constituted on a case-by-case basis, where one member shall be appointed by each Contracting Party and these two members shall agree on a third person as Chairman. Such members shall be appointed within two months following notification by one Contracting Party to the other Party of its intention to submit the dispute to an arbitral tribunal; the Chairman shall be appointed within a further period of two months.

(4) If the time limits specified in paragraph 3 are not observed, each Contracting Party may, in the absence of any other arrangement, invite the Secretary-General of the United Nations to make the necessary appointments. If the Secretary-General of the United Nations is a national of either Contracting Party, or if he is otherwise prevented from discharging the said function, the most senior Under-Secretary-General of the United Nations may be invited under the same conditions to make the appointments.

(5) The arbitral tribunal shall establish its own procedure.

(6) The arbitral tribunal shall reach its decision on the basis of this Agreement and of the generally recognized norms of international law. It shall reach its decision by a majority of votes: its ruling shall be final and binding.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its member and of its representation in the arbitration proceedings. The costs related to the Chairman and any remaining costs shall be borne equally by the Contracting Parties. The tribunal may, however, determine in its award a different distribution of costs.

Article 10

APPLICATION OF THIS AGREEMENT

This Agreement shall apply to investments made in the territory of one Contracting Party, in accordance with its legislation, by investors of the other Contracting Party both before and after the entry into force of this Agreement.

Article 11

ENTRY INTO FORCE AND DURATION

(1) This Agreement shall be subject to ratification and shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of 10 years and shall remain in force, unless notification of its termination is given by either Contracting Party at least one year prior to the date of its expiration or at any other time thereafter.

(3) In respect of investments made prior to the date of expiration of this Agreement, it shall remain in force for a further period of 10 years from the date of expiration of the Agreement.

DONE in Vienna on 1 June 1995, in three originals, in the Arabic, French, and German languages, all three texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:
SCHÜSSEL

For the Republic
of Tunisia:
YAHIA
